



Antwort zur Anfrage Nr. 0975/2017 der CDU-Stadtratsfraktion betreffend **Flüchtlings- und Integrationskosten (CDU)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. Welche Beträge hat die Verwaltung vom Land Rheinland-Pfalz im Jahr 2016 zur Bewältigung der Flüchtlings- und Integrationskosten bzw. zur Entlastung der vielfältigen Aufgaben in diesem Bereich erhalten?

Antwort: Für das Jahr 2016 hat das Land für die Stadt eine Zuweisung für Maßnahmen und Investitionen zur Verbesserung der Kindertagesbetreuung im Zuge der Änderungen des Finanzausgleichsgesetzes durch das Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz in Höhe von 862.358,90 Euro vorgesehen. Die Zuweisung wird für die Jahre 2017 und 2018 in gleicher Höhe erfolgen.

Die Stadt erhielt im Jahr 2016 eine einmalige Zuwendung des Landes zur Entlastung bei den Aufwendungen im Zusammenhang mit der Integration von Asylbegehrenden, Asylberechtigten und Flüchtlingen in Höhe von 4.969.103,59 Euro aus der so genannten „Integrationspauschale“ des Bundes. Zwei Drittel des Betrages sind je zur Hälfte für die Jahre 2017 und 2018 bestimmt.

2. Wie beurteilt die Verwaltung die Tatsache, dass Rheinland-Pfalz die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel nicht vollständig an die Kommunen weitergegeben hat?

Antwort: Die Verwaltung hielt die Weitergabe an die rheinland-pfälzischen Kommunen für angemessen und richtig. Das Land argumentierte hier mit eigenen Kosten im Zusammenhang mit den Flüchtlings- und Integrationskosten.

3. Hat sich die Verwaltung beim Land Rheinland-Pfalz für eine vollständige Weitergabe der Bundesmittel an die Kommunen eingesetzt? Wenn ja, mit welchem Ergebnis? Wenn nein, warum nicht?

Antwort: Die Verhandlungen bzw. die Gespräche wurden von den kommunalen Spitzenverbänden mit dem Land geführt. Über den Städtetag Rheinland-Pfalz wurde die Auffassung der Stadt Mainz in die Verhandlungen gegeben. Die Auffassungen bzw. Einschätzungen der rheinland-pfälzischen Kommunen waren nach unserer Kenntnis einheitlich für eine hundertprozentige Weitergabe der Mittel an die Kommunen.

Mainz, 26.06.2017

gez. Merkator

Kurt Merkator
Beigeordneter